

Sehr geehrter Herr Bürgermeister

Sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung

Sehr geehrte Pressevertreter

Sehr geehrte Damen und Herren

Rückblick 2024:

Der Haushalt 2024 wurde durch die BVT wie in den Jahren zuvor erneut abgelehnt, da er nicht in das finanzielle Gesamtkonzept der BVT gepasst hat. Zusätzlicher Ablehnungsgrund 2024 war auch die beabsichtigte Schaffung der Beigeordnetenstelle.

Das Jahr 2024 war für die Bürgervereinigung ein sehr arbeitsreiches aber auch überaus erfolgreiches Jahr.

Beschäftigt hat uns 2024 die Grundsteuerreform:

Wir haben in den Ortsteilen offensiv Aufklärung betrieben um die Bevölkerung über die Grundsteuerreform und die Rolle der Gemeinde zu informieren. (drei Präsenzveranstaltungen, Flugblatt) Ein voller Erfolg aus unserer Sicht. Der Hebesatz wurde schlussendlich in der Form angepasst, dass es in der Gesamtbetrachtung zu keinen nennenswerten Benachteiligungen der Teninger Bürgerschaft kam.

Die Kommunalwahl am 09.06.24:

Das Ergebnis der Kommunalwahl zeigte, dass wir mit unseren Themen der gesunden Finanzen und der damit verbundenen Generationengerechtigkeit richtig liegen und mit unserer Politik für die Bürger im Dorf Vertrauen aufgebaut haben.

Wir konnten eine volle Kandidatenliste aufstellen und wurden in der zweiten Wahl seit unserer Gründung 2019 gleich die zweitstärkste Kraft im Dorf. Von nun an sitzen bekanntlich vier Gemeinderäte der BVT mit am Ratstisch. Das hat uns sehr gefreut und bestätigt uns darin genau so wie bisher weiterzumachen. Einen großen Dank an der Stelle an alle die uns unterstützt haben.

Im Oktober 2024 stand der Bürgerentscheid an – das Thema hat uns, wie in der Presse mehrfach zu lesen war, das ganze Jahr begleitet. Die Gemeinde Teningen war über den Landkreis hinaus in aller Munde. Unsere beiden Initiatoren Karl-Theo Trautmann und Stefan Gärtner haben viele Stunden Zeit geopfert und letztlich ein tolles Ergebnis erzielt. Ein überragender Erfolg für die Demokratie und somit auch für unsere Gemeinde – die gute Wahlbeteiligung und das eindeutige Ergebnis von 75% die gegen die Schaffung votierten zeigt, dass es richtig war die Bevölkerung in dieser Angelegenheit mitbestimmen zu lassen.

Der Rückblick war eine Leitlinie für unser Handeln – wir brauchen solide Finanzen.

Zum Ausblick auf die finanzielle Situation in der Gemeinde ein paar Auszüge aus dem Bericht des Kommunal- und Prüfungsamtes zum Haushalt 2024:

„Die vorgesehenen Kreditaufnahmen von 16,5 Mio. Euro werden zum 31.12.2027 zu einer Pro-Kopf-Verschuldung im Kernhaushalt von ca. 1.580 € führen. Damit werden diese über dem Durchschnitt der baden-württembergischen Gemeinden von 1.180 €/Einw. (Stand 31.12.2022) liegen.“.

„Die Gemeinde Teningen wird die Forderung einer intergenerativen Gerechtigkeit im gesamten Finanzplanungszeitraum (2025 – 2027) nicht erfüllen“.

Die Verwaltung und auch das Gemeinderatsgremium müssen sich schleunigst darüber bewusst werden, wie die finanzielle Lage in der Gemeinde aktuell ist. Es ist bereits 20 nach 12. Von uns wurde das in den vergangenen Haushaltsreden stets angeprangert. Leider hatte sich in der Verwaltung keine Verhaltensänderung eingestellt.

Wie aktuelle Themen im Rat zeigen, sind wir nicht mehr eigenständig in der Lage unsere Zukunftsentwicklungen vorausschauend umzusetzen.

Vielleicht hätte man das ein oder andere Mal kleinere Brötchen backen sollen. Dazu später noch einmal mehr.

Ab 2026 ist die Kreditermächtigung verweigert worden. Dann sind die Großprojekte beendet – doch was passiert mit unserem maroden Bauhof oder der von der UKBW mehrfach bemängelten Situation unserer Feuerwehrgerätehäuser – haben wir den finanziellen Spielraum noch diese sehr wichtigen Vorhaben zeitnah umzusetzen oder haben wir uns u.a. durch verschiedene teure Projekte den Spielraum vielleicht doch etwas genommen. Die Planungen zu den

Projekten laufen. Den finanziellen Horizont sehen wir bislang noch nicht.

Außerdem gibt es, wie bekannt, noch viele weitere teure Baustellen in der Gemeinde, von denen niemand spricht (Lärmschutzwand, Sanierung Lechhalle, die dringende Sanierung des Wassernetzes mit folgender Mehrbelastung für die Gebührenzahler, was passiert mit dem Schwimmbad Teningen?)

Wir nehmen 2025 Kredite in nicht unerheblichem Umfang auf um begonnene Großbauprojekte, wenn nicht schon 2025, dann spätestens 2026 zu Ende zu finanzieren. D.h. wir zahlen Schuldzinsen und später zusätzlich hohe Abschreibungen. Die Abschreibungen machen sich mittlerweile deutlich bemerkbar in unserem Haushalt.

Eine zuletzt wichtige Entscheidung des Gemeinderates:

Die NetzeBW-Beteiligung in Höhe von 4mio, welche durch eine zusätzliche Kreditaufnahme hätte finanziert werden sollen, wurde diskutiert. Der Vorschlag kam aus der Verwaltung – unverständlich so etwas dem Gemeinderat überhaupt vorzuschlagen.

Durch unseren Bürgermeister wurde das Projekt, so unsere Wahrnehmung, zunächst befürwortet.

Das wäre jedoch ein großer Fehler gewesen. Unser finanzieller Spielraum auf eine unvorhergesehene Notlage reagieren zu können, wäre gegen Null gegangen. Die Gemeinde wäre aus unserer Sicht finanziell handlungsunfähig gewesen, da zu der bereits vorliegenden Kreditermächtigung von 5mio weitere 4mio dazu gekommen wären. D.h. 9mio in der Kreide und keine Kohle auf der hohen Kante

Der Gemeinderat hat besonnen reagiert und das Vorhaben bei einer Enthaltung abgelehnt.

Nun zu den Brötchen von oben:

Vor wenigen Monaten erfolgte die Inbetriebnahme der Köndringer Sporthalle – eine wunderschöne Halle – sie wird genutzt und ist unzweifelhaft ein Mehrwert für die Vereine und das Dorf. Ich selbst habe auch schon einige Trainings in der Halle gehabt. Wirklich sehr schön.

Unter finanziellen Gesichtspunkten ist die Größe der Halle aus unserer Sicht jedoch eine Nummer zu groß für Köndringen – Baukosten nahe der 8,0 mio müssen bezahlt werden. Mag sein, dass es eine stattliche Förderung gab, diese hätte es jedoch auch für eine kleinere Halle gegeben.

Mit einem etwaigen Minderbetrag für die Köndringer Halle hätte man die Sanierung der Lechhalle vorantreiben können. So hätte man in Köndringen eine sanierte oder auch doppelt so große Halle wie ursprünglich und eine auf Jahre uneingeschränkt nutzbare Lechhalle in Teningen.

Und noch etwas zu kleineren Brötchen:

Mehrfach wurde durch uns vorgeschlagen die aufgrund des gesetzlichen Anspruchs dringend benötigten Kindergarteneinrichtungen zunächst in Containerbauweise zu bauen.

Vorteile u. a.: ein schnellerer Bezugstermin, geringere Baukosten und dadurch geringere Abschreibungskosten. Wir bauen jedoch pompöse

Kindergärten, die, wie wir in Nimburg gelernt haben, nennen wir es einmal „durchaus ihre Tücken haben“.

Kindergärten in Containerbauweise sind nicht zwingend unzumutbar. Umlandgemeinden wie Endingen, Bahlingen, Sexau machen es uns vor. Die Kinder werden dort auch groß und das Personal rennt auch nicht vor Schmerzen schreiend davon.

Nicht falsch verstehen, das sind jeweils wunderschöne Bauten, die ihren ursprünglichen Zweck sicherlich auch übertreffen, aber vor dem Hintergrund der voraussehbaren Finanzlage hätte man sich darüber mehr Gedanken machen und vorausschauender Handeln müssen.

Nun ist es wie es ist, die Zahlen stehen in den Büchern und wir müssen damit weiter die Entwicklung der Gemeinde vorantreiben.

Die Haushaltslage auf die explodierenden Kosten in der Kinderbetreuung oder auf die personell chronisch unterbesetzte Verwaltung, die dringend immer mehr Personal braucht zu schieben, ist zu einfach gerechnet. Das vorhandene Personal muss eben auch optimal geführt und eingesetzt werden.

Dass das Kinderförderungsgesetz kommt war hinlänglich bekannt. Man hatte von 2008 Zeit sich darauf einzustellen. Mit geschlossenen Augen ins Verderben zu rennen und nun zu sagen jetzt ist es aber so, wird nicht akzeptiert.

Und zu den Kosten in der Kinderbetreuung: Auch die Kosten für die Eltern sind massiv explodiert. Fragen Sie mal eine junge Familie was ein Krippenplatz mittlerweile kostet.

Nun ein weiterer Auszug aus dem Bericht des Kommunal- und Prüfungsamtes:

„Es wird darauf hingewiesen, dass in der Haushaltsplanung nur jene Maßnahmen veranschlagt werden sollten, die auch personell durchgeführt werden können“.

Es musste gelernt werden, dass die Schlussrechnungen 2020, 2021 und 2022 deutlich geringer ausgefallen sind, als sie ursprünglich veranschlagt wurden. Dazu hat das Kommunalamt aber festgestellt, dass die Haushaltspläne nicht richtig aufgestellt worden sind, es sind mehrere Kostenstellen aufgenommen gewesen, welche nicht abfließen konnten.

Wir halten es für wichtig und auch ehrlich gegenüber den Fraktionen und den Vereinen einen Haushalt vorzulegen, welcher das umfasst, was auch abgearbeitet werden kann.

Hierzu halten wir es auch für essentiell, dass Entscheidungen / Beschlüsse des Gemeinderates ordnungsgemäß umgesetzt werden. Die Gemeindeordnung regelt das unmissverständlich.

Beispiel ist hierzu der Gemeinderatsbeschluss zum behindertengerechten Umbau der Bushaltestellen. Mittel sind nicht abgeflossen, eine Information der Fraktion zum Bearbeitungsstand des Beschlusses erfolgte nicht. Letztlich wurde nichts getan. So darf es nicht weitergehen. Gemeinderatsbeschlüsse sind umzusetzen.

Nun zu den Anträgen 2025:

Auch hier wieder der Antrag zum behindertengerechten Umbau der Bushaltestellen. Die Begründung des Antrages wusste nicht zu

überzeugen. Es sollten für diese Maßnahmen 210.000€ in den Haushalt aufgenommen worden sein. Letztlich war nichts im Haushalt. Mal sehen was unserem Bürgermeister der oft angepriesene ÖPNV tatsächlich wert ist, oder ob sich auch 2025 wieder nichts tut. Es besteht seit Anfang 2022 eine gesetzliche Verpflichtung, der wir meilenweit hinter hinken. Die Absicht derartige Vorhaben für 2025 endlich umzusetzen begrüßen wir selbstverständlich.

Wichtig war uns, dass die Finanzierung des neuen Feuerwehrfahrzeugs durch eine Verpflichtungsermächtigung abgesichert ist.

Ebenso wichtig war es uns dem Anliegen des Ortsvereis DRK zur Anpassung ihrer Kreisumlage zuzustimmen.

Wir müssen die vorhandenen Strukturen festigen und den Menschen, die uns im Ehrenamt unterstützen gute Rahmenbedingungen schaffen.

Auch eine wichtige Angelegenheit für die Folgejahre wird die gemeinsame Umsetzung der Standortanalyse für die Feuerwehr und die Vertreter des DRK sein.

Auch die EDV-Ausgaben wie in unserem Haushaltsantrag erfragt, verwundern uns. Wieso müssen wir trotz des Neubaus des Rathauses mit 200.000€ erneut derartig große Summen in die Infrastruktur in unserem schmucken Rathaus investieren? Die Erläuterungen aus der Begründung unseres Antrages überzeugen uns hierbei nicht.

Der diesjährige Haushalt sieht aus unserer Sicht keine gravierenden Fehlentscheidungen der Verwaltung vor. Es stehen keine zu finanzierenden Großprojekte an. Es werden lediglich die bereits getroffenen Gemeinderatsbeschlüsse umgesetzt. Die Gemeinde ist bereits in eine gehörige finanzielle Schieflage geraten. Dies jedoch damit zu begründen, dass ja 70% der deutschen Gemeinden Minus machen, akzeptieren wir nicht. Wir liegen mit unserer Pro-Kopf-Verschuldung wie oben erwähnt, deutlich über dem baden-württembergischen Schnitt. So harmlos wie die Situation dargestellt wird, ist sie bei Weitem nicht.

Eine Ablehnung des Haushaltes 2025 hilft aus unserer Sicht dieses Jahr nicht dabei die Situation zu verbessern, weshalb die BVT dem diesjährigen Haushalt zustimmt.

Nun zur bevorstehenden politischen Richtungsgebung für die kommenden acht Jahre.

Wir haben eine grundsätzlich andere Auffassung wie u.a. mit dem Steuergeld der Bürgerinnen und Bürger umzugehen ist, als die Verwaltungsführung.

Die Verluste kommen nun bei uns an und zeigen deutlich was die letzten Jahre falsch gemacht wurde.

Bei der bevorstehenden Bürgermeisterwahl wird die BVT-Fraktion den bisherigen Amtsinhaber aus den verschiedenen oben genannten Gründen daher nicht unterstützen.

Ihre BVT-Gemeinderatsfraktion